

## Pressemitteilung

### DKG zum Krankenhaus-Index

## Kliniken glauben nicht an den Erfolg von Lauterbachs Reform

Berlin, 26. September 2024 – Die deutschen Krankenhäuser blicken nach wie vor äußerst skeptisch und pessimistisch auf die möglichen Auswirkungen der Krankenhausreform. Das ist das Ergebnis der diesjährigen Sommerumfrage des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) für den Krankenhaus-Index. Repräsentativ befragt wurden 358 Krankenhäuser in ganz Deutschland. So gehen 71 Prozent der Kliniken davon aus, dass der wirtschaftliche Druck nicht wie von Bundesgesundheitsminister Lauterbach angekündigt sinken, sondern vielmehr steigen wird. 95 Prozent erwarten, dass die geplante Vorhaltefinanzierung bei stagnierenden oder sinkenden Fallzahlen nicht ausreichend sein wird. Noch pessimistischer sind die Erwartungen an die allgemeine Finanzierungslage der Kliniken: 100 Prozent der Maximalversorger erwarten, dass die Finanzierung nicht auskömmlich sein wird, bei den Grundversorgern sind es noch immer 98 Prozent. Zu den Ergebnissen der Umfrage erklärt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft Dr. Gerald Gaß:

„Die Krankenhäuser benötigen Planungssicherheit, das zeigen überdeutlich die Umfrageergebnisse. Das muss auch Minister Lauterbach klarwerden. Wenn praktisch alle Krankenhäuser kein Vertrauen mehr in die Finanzierungspläne der Reform haben, muss er umsteuern. Jetzt gilt es, wesentliche Punkte durchzusetzen um die Krankenhausversorgung zu sichern und zu stabilisieren: Wir müssen den Rahmen der NRW-Krankenhausplanung bundesweit umsetzen statt neue Leistungsgruppen zu schaffen und die Personal- und Strukturvorgaben zu verschärfen. Zwar wird es den Maximalversorgern im Großen und Ganzen gelingen, die Vorgaben für die Leistungsgruppen zu erfüllen. Bei den Grundversorgern sieht es aber ganz anders aus, schon weil der Fachkräftemangel zu vielen unbesetzten Stellen führt. Hier gefährden die Reformpläne die Versorgung in der Fläche. Problematisch ist auch die Situation bei den Fachkrankenhäusern. Fast 40 Prozent von ihnen können die Vorgaben für die korrespondierenden Leistungsgruppen nicht oder nur teilweise erfüllen. Das könnte zum Ende der Kliniken und ihrer hochspezialisierten Behandlungen führen.“

---

#### PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**  
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**  
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**  
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**  
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schilonka**  
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT/SACHBEARBEITUNG  
Banu **Öztürk**  
Telefon +49 30 39801-1025  
Sina **Hoffmann**  
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail [pressestelle@dkgev.de](mailto:pressestelle@dkgev.de)

Wegelystraße 3  
10623 Berlin

[www.dkgev.de](http://www.dkgev.de)  
[www.facebook.com/dkgev](https://www.facebook.com/dkgev)  
[www.twitter.com/dkgev](https://www.twitter.com/dkgev)  
[www.dkgev.de/rss2.php](https://www.dkgev.de/rss2.php)  
[www.youtube.com/user/dkgev](https://www.youtube.com/user/dkgev)

Die Krankenhäuser bleiben aber nach wie vor reformbereit und lassen sich auch auf das Prinzip der Leistungsgruppen ein. Das nordrhein-westfälische Modell ist dabei weitgehend akzeptiert.

Vor allem die geplante Vorhaltefinanzierung stößt auf große Skepsis bis Ablehnung, dabei benötigen die Krankenhäuser dringend ein Konzept zur fallzahlenunabhängigen Finanzierung ihrer laufenden Kosten. Dass die Pläne des Bundesgesundheitsministers in dieser Hinsicht nichts taugen, hat nicht nur eine Analyse der DKG gezeigt. Auch den Krankenhäusern ist bewusst, dass diese keine Verbesserung bringen werden. Stattdessen müssen jetzt schon bestehende Instrumente zur Versorgungssicherung, zum Beispiel Sicherstellungszuschläge, ausgeweitet und konsequent angewandt werden, bis taugliche Konzepte zur Vorhaltefinanzierung vorliegen. Auf jeden Fall ist die verheerende Bewertung der geplanten Vorhaltefinanzierung aus der Praxis ein schlechtes Zeugnis für den Minister und die Regierung.

Und auch bei der Frage der Dokumentationspflichten und der damit einhergehenden Bürokratie herrscht Einigkeit. 95 Prozent der Kliniken erwarten, dass das Gesetz zu mehr Bürokratie führen wird. Dabei verspricht der Minister ständig wesentliche Schritte zur Entbürokratisierung. Diese müssen jetzt auch endlich folgen. Herr Minister, wir nehmen Sie beim Wort.

Die Umfrage ist als Anlage beigefügt.

**Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)** ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.893 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2022) und rund 22 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 133 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.